

Mit diesem Etat ist niemand glücklich

Von Sabine Robrecht

HÖXTER (WB). CDU, BfH und das AfD-Mitglied wollen ablehnen. Die UWG macht ihr Ja von zwei Anträgen abhängig. SPD, Grüne, FDP, BfH 2014 und das Mitglied der Linken wollen zustimmen: Ob der Haushalt durch Höxters Rat geht, ließ sich vor der Sitzung nicht sicher ausloten.

Der hochdefizitäre Etat mit seinem Rekord-Loch von 23 Millionen Euro lag dem Rat gestern zur Abstimmung vor. Rechnet man die angekündigten Zustimmungen zusammen, kommt man theoretisch auf 20 Ja-Stimmen, von denen die drei der UWG unter Vorbehalt stehen.

Das würde bei 42 Sitzen trotzdem nicht reichen. Denn CDU, BfH und das AfD-Einzelmitglied wollen ablehnen und kommen zusammen auf 22 Stimmen. Der Vorsprung der Gegner ist allerdings für gesicherte Prognosen zu knapp. Es können ja auf der einen oder anderen Seite Ratsmitglieder fehlen. Dementsprechend herrschte im politischen Raum bis zur Entscheidung Hochspannung.

Hat die Stadt Höxter denn nun einen beschlossenen Haushalt? Das Ergebnis der Abstimmung lag bei Redaktionsschluss nicht vor.

CDU will Wandel gestalten

Für die mit 17 Sitzen stärkste Kraft, die CDU, kündigte Fraktionsmitglied Edison Buch in seiner Haushaltsrede ein Nein an. Es gebe Alternativen zum Kurs des Bürgermeisters. „Wir wollen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgen, der Verwaltung und der Politik den echten strukturellen Wandel gestalten.“ Deshalb lehne sie den Haushalt ab.

Trotz nicht auskömmlicher Finanzierung der Kommunen durch Bund und Länder bedürfe es genauso einer strategischen Gesamtplanung durch die Stadt. Der Entwurf der Verwaltung präsentiere kein ausreichendes Konzept. Um das ausgewiesene Defizit strukturell auszugleichen, gebe es vom Bürgermeister nur eine Antwort: Steuererhöhung.

Auf eine konsequente Schwerpunktsetzung komme es an. In dieser Priorisierung sei aus Sicht der CDU der Wirtschaftspark Albaxen-Stahle ein Schlüsselprojekt. „Wir müssen dieses Potenzial endlich heben.“

Sparen sei auch in der Verwaltung möglich. Und auch an der Spitze, im Bürgermeisterbüro. Förderprojekte seien wegen des immer damit verbundenen Eigenanteils auf Sinnhaftigkeit zu prüfen. Daher fordert Edison Buch: „Investitionen nach Nutzen priorisieren, nicht nach Förder-



Der Rat debattierte am Donnerstagabend über den Haushalt.

Foto: Michael Robrecht

summe.“

Den Finger in die Wunde gelegt habe die CDU beim Holibri, den sie effizient habe verbessern wollen, und bei der Musikschule: „Wir haben deutlich gemacht, dass eine komplette Übernahme durch die Stadt ein zu großes finanzielles Risiko sei und das man ein reduziertes Angebot beziehungsweise die Kooperation mit anderen Musikschulen forcieren sollte.“

FDP schlägt Kultur- und Tourismustaxe vor

FDP-Fraktionsvorsitzender Martin Hillebrand sprach ebenfalls die Musikschule an und ist sogar der Überzeugung, dass die Führung durch die Verwaltung ein Fehler sei. „Stattdessen sollte eine Eigenbewirtschaftung angestrebt werden.“

Um eine weitere Entwicklung der Grundsteuer B auf 4000 v.H. zu verhindern, stelle die FDP den Antrag, dass die Verwaltung eine Kultur- und Tourismustaxe ausarbeite.

„Wir, die FDP Höxter, übernehmen Verantwortung und sprechen uns gegen einen Nothaushalt aus.“ Als Mitentwickler Höxters unterstütze die FDP den Haushaltsentwurf.

SPD: Zweiten Stellvertreter streichen

Dessen Weg bis in die Ratsitzung rekonstruierte SPD-Fraktionschef Günter Wittmann. Bürgermeister, Verwaltung und Politik hätten sich zusammengesetzt. In insgesamt neun Sitzungen seit November 2024 sei jeder Euro umgedreht worden. Das Ergebnis: Immerhin 670.000 Euro an Einsparungen. Das bleibe bei 23 Millionen Euro Defizit ein Tropfen auf den heißen Stein.

Selbst bei Streichung aller freiwilligen Leistungen könne Höxter sich nicht aus eigener

Kraft aus der Misere befreien. Die Stadt brauche Unterstützung von Bund und Land. Vor Ort sei eine Konsolidierung mit Augenmaß und ohne pauschalen Kahlschlag geboten.

Die SPD beantragt, den zweiten Vize-Bürgermeister zu streichen und aus der Mitte des Rates, nicht automatisch aus der stärksten Fraktion, eine Stellvertretung zu wählen. Außerdem müssten Tourismusabteilung und Huxarium enger zusammenarbeiten oder fusionieren.

Dem Haushalt stimme die SPD aus Verantwortung für die Zukunft der Stadt zu. „Wir müssen in Höxter handlungsfähig bleiben.“

Grüne: Sparen im Politikbetrieb

Ludger Roters, Fraktionssprecher der Grünen, warb in seiner Haushaltsrede aus den gleichen Grünen eindringlich um Zustimmung zum Haushalt. „Wir wollen die politischen Gestaltungsräume für unsere Stadt so weit es geht erhalten und nutzen.“

Was Einsparpotenziale angeht, richte Roters den Blick auf die Politik: „Rund 100.000 Euro lassen sich Jahr für Jahr im politischen Betrieb einsparen, ohne diesen zu beeinträchtigen.“ Einen entsprechenden Antrag haben die Grünen gestellt. „Wir schlagen vor, die Aufwandsentschädigungen für die Ratsmitglieder und für die Ausschussvorsitzenden nicht mehr pauschal zu zahlen, sondern abzurechnen nach Anzahl der tatsächlich stattfindenden Sitzung und der Anwesenheit bei den Sitzungen.“ Die insgesamt 100.000 Euro Einsparungen entsprächen der Hälfte der Kosten für die Nachmittagsbetreuung an Realschule und Gymnasium, die der Rat beschließen wolle (218.000 Euro).

UWG fordert Energiemanagement

Zwei Anträge brachte die UWG ein: die Einrichtung eines ständigen Arbeitskreises zur Prüfung von Stellenneubesetzungen an und „ein umfassendes Maßnahmenpaket zur nachhaltigen Reduzierung der Verbrauchskosten für Heizung und Strom in allen städtischen Gebäuden“. Fraktionsvorsitzender Matthias Grothe. „Sollten wir diese beiden Anträge beschließen, dann können wir uns als UWG bereits heute einer Zustimmung zum Haushalt nicht entziehen.“

Für das 23-Millionen-Loch gebe es strukturelle, konjunkturelle, aber auch selbstverschuldete Ursachen. Auch in den vergangenen fünf Jahren seien Entscheidungen getroffen worden, die den Haushalt belasten. „Die Musikschule und deren Mitarbeiterinnen wurden in den Haushalt geholt, die LGS, der Kauf des Postgebäudes, alles hat Kosten verursacht.“ Unter die Lupe genommen habe die UWG den Haushalt in Abstimmung mit der Fraktion BfH 2014.

BfH 2014: Rat in der Verantwortung

Deren Vorsitzende Barbara Rüstemeier sagte in ihrer Rede, „dass im Rahmen der Gegebenheiten das Mögliche getan wurde“. Deshalb werde ihre Fraktion zustimmen. Der Rat sei in der Verantwortung, einen Etat zu verabschieden. „Eine Ablehnung oder Enthaltung ohne Einbringen von Lösungsansätzen grenzt für uns daher an Arbeitsverweigerung.“

Ein Drittel des Defizits sei hausgemacht, beruhe auf Problemen, deren Ursachen überwiegend weit in die Vergangenheit zurückreichen. „Langfristig bindende Ratsbeschlüsse belasten auch heute

noch den Haushaltsplan.“ So gehe rund eine Million Euro Belastung jährlich auf die Neuausrichtung der Stadtentwässerung 2009 zurück und wirke, bis 2029 der Abwasserbeseitigungsvertrag ausläuft, sagte Rüstemeier.

BfH fehlt Neuausrichtung

Ihre Herkunftsfraktion, die BfH, kündigte ein Nein zum Haushalt an: „Wir sind mit vielen Investitionen für begonnene und langfristige Projekte einverstanden, aber aufgrund der weiterhin nicht begonnenen langfristigen Neuausrichtung kann und wird die Fraktion 'Bürger für Höxter' weder dem Gesamtpaket des Haushaltsplanes 2025 noch dem Stellenplan zustimmen“, erläuterte Vorsitzender Ralf Dohmann.

Das Eigenkapital der Stadt sei nach aktuellem Stand in 2026 restlos aufgebraucht. „In einem Unternehmen würde von Insolvenz gesprochen.“ Eine Erhöhung der Grundsteuer B in zwei Schritten in den Jahren 2026 auf 1.100 Punkte und 2030 auf 4.300 Punkte erscheine realitätsfremd und wenig hilfreich, um die Finanzen der Stadt wieder in das richtige Fahrwasser zu bekommen.

„Weder die Politik noch die Verwaltung scheinen von innen heraus dieses komplexe Thema der Konsolidierung nachhaltig lösen zu können. Wir werden sicherlich auf die Hilfe von außen angewiesen sein, in welcher Form auch immer dies geschehen wird.“ AfD-Ratsmitglied Elia Sievers hielt keine Haushaltsrede, kündigte gegenüber dieser Zeitung aber an, den Haushalt abzulehnen.

Willi Klimaschewski, Ratsmitglied der Linken, hielt ebenfalls keine Rede und signalisierte Zustimmung.